

Anfrage 1

| Gremium | Termin | Status |
|--------------------------------------|---------------|---------------|
| Beirat für Migration und Integration | 10.02.2022 | öffentlich |

Anfrage

Anfrage der Fraktion die Grünen im Beirat für Migration und Integration zum Verwaltungshandeln der Ausländerbehörde in Ludwigshafen

Vorlage Nr.: 20224638

ANTRAG



**Die Grünen im Beirat
für Migration und Integration
der Stadt Ludwigshafen**

Sevgi Kasar – Fraktionsvorsitzende
Emin Özuak – Stellv. Fraktionsvorsitzender
Mohammad Ewaz Seddiqi

Sofia Tsampazi
Ibrahim Yetkin

Fraktionsbüro

Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621 - 52 30 23
beiratsfraktion@die-gruenen-im-rat.de

Die Grünen im Beirat – Rathausplatz 10 – 67059 Ludwigshafen

An Herrn Vorsitzenden
Joannis Chorusis
Beirat für Migration und Integration der
Stadt Ludwigshafen
Europaplatz 1
67063 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 26.01.2022

Anfrage der Fraktion der Grünen im Beirat für die Sitzung des Beirates für Migration und Integration der Stadt Ludwigshafen am 10.02.2022: Zum Verwaltungshandeln der Ausländerbehörde in Ludwigshafen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration,

uns ist es schon bekannt, dass die Herausforderungen der Behörden und Sachbearbeiter*innen bei der Ausländerbehörde durch die Pandemie größer geworden sind. Aber die Probleme bei der Ausländerbehörde sind schon lange bekannt und können nicht mehr als Verwaltungshandeln hingenommen werden.

Es erreichen uns ständig und in der letzten Zeit extrem viele Beschwerden so wie:

- Man kann die Ausländerbehörde nicht mehr erreichen,
- keine Termine vereinbaren,
- persönliche Vorsprachen sind nicht mehr aktuell,
- um Aufenthaltserlaubnis zu beantragen bzw. verlängern,
- Neugeborene nachzutragen,
- An und Abmeldungen vorzunehmen usw.

Man könnte die Liste der Beschwerden über Anliegen, die nur durch die Ausländerbehörde erledigt werden, erweitern. Uns kommt es so vor, dass das Amt personell mit den Aufgaben überfordert ist. Wir hoffen, dass die Haltung der Mitarbeiter*innen nicht auf Arbeitsverweigerung hindeutet.

Daher bitten wir um eine schriftliche und mündliche Stellungnahme des Bereichs Bürgerdienste zu den Missständen in der Ausländerbehörde und zu den geplanten Maßnahmen, hier Abhilfe zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Emin Özüak Stellv. Fraktionsvorsitzender der Grünen im Beirat